

7. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

22. Juli 1959

20/J

Anfrage

der Abgeordneten H o l z f e i n d, Anna C z e r n y, M a t e j c e k,  
P ö l z e r und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen,  
betreffend die Mindestpension der Bundesbediensteten.

- - - - -

Die Mindestpensionen bei der Gemeinde Wien  
betrugen  
für einen verheirateten Bediensteten monatlich ..... S 750,-  
für einen ledigen Bediensteten monatlich ..... S 650,-  
für die Witwe eines Gemeindebediensteten monatlich .... S 600,-,  
während die analogen Mindestpensionen beim Bund bedeutend niedriger  
sind.

Die Gemeinden sind zur Erbringung von Fürsorgeleistungen an Bundes-  
pensionisten nicht verpflichtet; es ist daher Pflicht des Bundes, die-  
sem sozial schwachen Personenkreis zu helfen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn  
Bundesminister für Finanzen die nachstehende

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, eine Erhöhung der Mindest-  
pensionen und -versorgungsgenüsse des Bundes spätestens mit 1. Jänner  
1960 wirksam werden zu lassen und hiefür im Bundesvoranschlag für 1960  
Vorsorge zu treffen ?

- - - - -